

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

16.10.1930 (No. 241)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
 Karl-Friedrich-
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher
 Nr. 953
 und 954
 Postkontokonto
 Karlsruhe
 Nr. 5515

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger
 Chefredakteur
 C. H. M. e. b.
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einsch. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf., Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Ebenfeld Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreier Rabatt, der als Kaszenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Minimum des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostandverfahren fällt der Fall die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unberlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksheftblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Wahl des Reichstagspräsidioms

Nachdem man bis gestern mittag wusste, daß außer dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei auch die Wirtschaftsparteiler und die Christlich-Sozialen für Löss stimmen würden, war die Mehrheit für seine Wahl gesichert. Die Christlich-Sozialen haben allerdings vor der Wahlhandlung eine Erklärung abgegeben, nach welcher sie der Auffassung sind, daß das Ergebnis der Wahl vom 14. September eine Verschiebung der Machtverhältnisse nach Rechts bedeute, und daß diese Tatsache bei der Zusammenfassung und dem Kurs der Regierung wohl beachtet werden müsse; man sei aber andererseits der Meinung, daß die Wahl des Reichstagspräsidioms geschäftsmäßig in der Weise zu erfolgen habe, daß der Vertreter der stärksten Partei zum Reichstagspräsidenten gewählt wird; die weltanschauliche und politische Einstellung Lösses werde von den Christlich-Sozialen abgelehnt.

Vorher hatte es noch ein für die Beteiligten recht unangenehmes Zwischenpiel gegeben: die Deutschnationalen präsentierten aus Verärgerung darüber, daß die Deutsche Volkspartei bei ihren Verhandlungen mit den Nationalsozialisten sie übergangen habe, im ersten Wahlgang einen eigenen Kandidaten. Und auch in der Stichwahl haben einige Deutschnationale ungültige Stimmen abgegeben.

Wenn auch in der Stichwahl die Einmütigkeit der Rechten leidlich gewahrt wurde, hat doch der erste Wahlgang gezeigt, daß diese Parteien nur sehr schwer zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen sind. Und während es anfangs hieß, die Deutsche Volkspartei werde das Eintreten des Zentrums für Löss und gegen Dr. Scholz als Unfreundlichkeit auffassen, und demgemäß darauf reagieren, wird jetzt gemeldet, daß eine regelrechte Verständigung zwischen Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen Platz gegriffen habe.

Zum ersten Vizepräsidenten wurde der Nationalsozialist Stöhr, zum zweiten Vizepräsidenten der Zentrumsabgeordnete Esser und zum dritten Vizepräsidenten der Deutschnationale Abgeordnete Graef gewählt. Bei dessen Wahl leisteten sich die Deutsch-Volksparteiler eine Art Revanche für das Verhalten der Deutschnationalen, indem sie gegen Graef für den Abgeordneten Pfleger stimmten.

Heute nachmittag wird die Regierungserklärung abgegeben werden. Die Debatte darüber soll dann nach einstündiger Pause am Spätnachmittag beginnen. Offenbar will man mit der Debatte bis Samstag fertig werden und dann bereits die Abstimmungen erfolgen lassen. Es werden drei Mißtrauensanträge vorliegen, und man muß einwirken befürchten, daß auch solche Parteien, die im Kabinett vertreten sind, gegen die Regierung stimmen werden.

Wahrscheinlich wird ein Antrag eingebracht werden, der Übergang zur Tagesordnung beantragt. Über ihn wäre als den weitestgehenden Antrag zuerst abzustimmen. Wird er angenommen — womit zunächst kaum zu rechnen ist —, so ist das Schicksal der Mißtrauensanträge bereits besiegelt und eine Krise ist vermieden. Ob die Sozialdemokratie für einen solchen Antrag zu haben sein wird, soll davon abhängen, wie sich der Reichsarbeitsminister im Berliner Metallarbeiterstreik verhalten wird. Das heißt: fällt der Reichsarbeitsminister eine den Arbeitnehmern günstige Entscheidung, dann stimmen die Sozialdemokraten für den Antrag, fällt er sie nicht, so ist die Möglichkeit gegeben, daß nicht einmal die Sozialdemokratie geschlossen für den Antrag eintritt.

Wohin man auch sehen mag, überall eröffnen sich recht düstere Perspektiven. Wir gehen einem Winter entgegen, der in wirtschaftlicher und politischer Beziehung so schwer für unser Volk sein wird, wie vielleicht nur noch der Winter 1918—1919 und das Jahr 1923. Und doch wird und muß es uns gelingen, auch dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Unser Volk hat in den letzten zwölf Jahren so viele Proben seines ernsten Aufbaumwillens geliefert, daß man sicherlich nicht bezweifeln darf.

Letzte Nachrichten

In Erwartung der Regierungserklärung Die Stellungnahme der Fraktionen

DD. Berlin, 16. Okt. (Tel.) Im Reichstag hielten am heutigen Donnerstagvormittag die meisten Fraktionen wieder Sitzungen ab. Sie beschäftigten sich angeht die heutige Regierungserklärung im Reichstag mit dem Programm des Kabinetts Brüning, das ja in großen Zügen bereits bekannt ist, und bestimmten die Mitglieder, die in der großen politischen Debatte dazu sprechen sollen.

Über die Stellungnahme der Fraktionen zu den vorliegenden Mißtrauensanträgen dürften die heutigen Fraktionsführungen noch nicht endgültig entschieden. Die meisten Fraktionen wollen zunächst die Regierungserklärung abwarten. In den Wandelgängen diskutiert man jedoch schon lebhaft die Erregung des Kabinetts Brüning. Man rechnet damit, daß außer den Nationalsozialisten und den Kommunisten auch Deutschnationale und Landvolkpartei der Regierung das Vertrauen verweigern. Von den Sozialdemokraten befürchtet man, daß zum mindesten einige besonders radikale Abgeordnete der Abstimmung fernbleiben. Deutsche Volkspartei wird erst nach der Plenarsitzung heute abend eine Fraktionsberatung abhalten. Auch aus Kreisen der Wirtschaftspartei verlautet, daß kaum eines ihrer Mitglieder gegen das Kabinett stimmen dürfte, solange ein Angehöriger der Partei der Regierung angehört. Von den Christlich-Sozialen hört man, daß sie in der Debatte soziale Sicherungen verlangen werden und daß sie von der Haltung der Regierung gegenüber den Forderungen ihre Abstimmung bei den Mißtrauensanträgen abhängig machen werden. Die Abstimmung wird also auf des Messers Schneide stehen.

Löhne, Arbeitszeit, Preise Die Arbeitgeber

In Kreisen der deutschen Arbeitgeber wird der Berliner Tarifstreik als eine grundsätzliche Frage aufgefaßt, bei der es darauf ankomme, daß die Industrie entsprechend den Grundlinien des Regierungsprogramms auf eine Senkung der Preise hinwirke. Ihre Voraussetzung sei die Verminderung der Herstellungskosten, also auch der Löhne. In diesem Zusammenhang hat sich die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände auch eingehend mit dem Vorschlag der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit befaßt, durch die die Wiederereinstellung von Arbeitskräften ermöglicht werden soll. Man ist zu etwa folgendem Beschluß gekommen:

Die Arbeitgeber leben in dem Vorschlag kein geeignetes Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Sie sind vielmehr der Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit dadurch nur vergrößert werde, da die Bewegungsfreiheit der Betriebe eingeengt und die Produktionskosten gesteigert würden. Eine Verminderung der Arbeitslosigkeit sei nur durch Selbstkostenreduktion möglich. Dazu gehöre die Senkung des Lohnes, gegebenenfalls durch Verlängerung der Arbeitszeit mit entsprechendem Gehältern Stundenlohn.

Es wird durchaus zugegeben, daß der Vorschlag der Gewerkschaften für einzelne Betriebe akzeptiert werden könne. Die Entscheidung könne aber nur nach den jeweiligen betriebs- und produktionsstechnischen Bedingungen getroffen werden.

Als Beweis dafür, daß die generelle Durchführung des Gewerkschaftsvorschlages die Politik der Preisreduktion gefährden würde, wird der Ruhrbergbau angeführt. Schon die Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde würde eine Steigerung des Selbstkostenpreises von einer Reichsmark pro Tonne mit sich bringen. Schließlich wird von den Arbeitgebern unterstrichen, daß der Gewerkschaftsvorschlag auch von der Berliner Metallindustrie aus den Gründen abgelehnt wird, die sich aus dem Beispiel des Ruhrbergbaues ergeben.

Der Berliner Metallarbeiterstreik

Der Verband Berliner Metallindustrie hat am Mittwoch nachmittag den im Lohnstreik der Berliner Metallindustrie gefällten Schiedsspruch, der eine Herabsetzung der Mindesttariflöhne von 8 Prozent für die Arbeiter über 18 Jahre und eine Lohnkürzung von 6 Prozent für die jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren und Arbeiterinnen vorsah, angenommen. Der Verband wird nunmehr die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches beantragen.

Wenn die Verbindlichkeitsklärung erfolgen sollte, so würde die Lohnkürzung am 3. November wirksam werden. Von diesem Datum an würden die Gewerkschaften rechtlich außerstande sein, den Streik finanziell oder moralisch zu unterstützen, da die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruches gesetzlich die Friedenspflicht in sich schließt. Sie gibt der Gegenseite das Recht, Regreßansprüche zu stellen. Bis zum 3. November ist die Lage anders, da der alte Tarifvertrag am 5. Oktober abgelaufen ist.

Die Gauleitung Großberlin der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei veröffentlichte amtlich einen Aufruf, in dem, dem „Lokalanz.“ zufolge, der Metallarbeiterstreik als auf gesetzlicher Grundlage beruhend erklärt wird. Der Kampf, so heißt es, gebe um das tägliche Brot und gegen die Dames- und Young-Politik. Daher müßten auch die Nationalsozialisten an diesem Streik teilnehmen. Wer Streitarbeit leistet, werde aus der NSDAP ausgeschlossen.

Wie steht es mit der Elektrifizierung der bad. Bahnen?

In der Wirtschaftszeitung „Der deutsche Süden“ wird in einer von Herrn Ministerialrat Seeger verfaßten Abhandlung zu dieser Frage Stellung genommen.

Der Verfasser erinnert an den Besuch des Generaldirektors Dr. Dörpmüller vom Juli 1927, bei welchem der badische Finanzminister Dr. Schmitt nachdrücklich auf die Bedeutung der Elektrifizierung der badischen Nord-Süd-Linie Mannheim—Seidelberg—Wasel hinwies, und wobei auch schon erwähnt wurde, daß die Ersparnis der Reichsbahn aus dieser Maßnahme auf jährlich rund 1,4 Millionen Reichsmark geschätzt werde. Auf die damals zwischen dem Land Baden und der Reichsbahn eingeleiteten Verhandlungen wurden große Hoffnungen gesetzt. Er weist ferner hin auf den in jener Zeit bei der wissenschaftlichen Tagung höherer Reichsbahnbeamten gehaltenen Vortrag des ersten Sachmanns auf diesem Gebiet, des Ministerialdirektor Professor Dr. Gleichmann, der besonders die Bedeutung der badischen Wasserkräfte für den elektrischen Bahnbetrieb betonte.

Aber schon die dem Badischen Landtag im September 1928 vorgelegte Denkschrift der Regierung über das Schlußwerk mußte erwähnen, daß sich die Aussichten für baldige Erfüllung der badischen Wünsche verschlechtert hätten mit Rücksicht auf die Finanzlage der Reichsbahn. Die Erwartungen, daß die Reichsbahn, die das württembergische Angebot wegen des zweigleisigen Ausbaues der Linie Osterburken—Zimmerningen angenommen hatte, zum Ausgleich auch das ähnliche badische Angebot wegen der Elektrifizierung annehmen würde, haben sich leider nicht erfüllt, obwohl schon beim erwähnten Besuch des Generaldirektors in Karlsruhe der badische Finanzminister auf die Reihenfolge bei der süddeutschen Bahnelektrifizierung zu sprechen gekommen war. Er hatte den Standpunkt vertreten, daß man das eine tun und das andere nicht lassen solle. Dieser Standpunkt dürfe in Baden auch heute noch aufrecht erhalten werden, auch angesichts der Tatsache, daß die Kunst der Reichsbahn nun Württemberg gegenüber mit der Elektrifizierung des Nahverkehrs am Stuttgart erneut zum Ausdruck kommt. Die Notwendigkeit der Bahnelektrifizierung in bestimmten Fällen ist gerade durch das Stuttgarter Beispiel von der Reichsbahn selbst am deutlichsten vor Augen geführt worden, da sie den Entschluß dazu in einer Zeit gefaßt hat, wo ihre Finanzlage sicher noch ungünstiger war als 1927, und wo sie gerade vor der Durchführung einer neuen Tarifherabsetzung steht.

Baden hat, wie Ministerialrat Seeger weiter ausführt, wohl eine Zeitlang in erster Linie die Einführung des elektrischen Zugbetriebes auf seiner Nord-Süd-Linie verfolgt. Es hat aber schon in einem früheren Stadium der Erörterungen zu erkennen gegeben, daß es auch dabei ist, wenn die Reichsbahn aus besonderen Gründen zuerst die Ost-West-Linie (Salzburg)—Mühlacker—Rehl—Paris auf diesen Betrieb umstellen wolle. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, kann die Vorwegbehandlung des Stuttgarter Nahverkehrs als die Errichtung eines neuen Stützpunktes für die Ost-West-Linie angesehen werden, die von Osten her schon bis nahe an Augsburg gediehen ist und die — bei gutem Willen der Reichsbahn — auch einmal von Westen aus in Angriff genommen werden könnte, damit endlich auch einmal Baden zum Zuge kommt. Wenn von bestimmten, zur Elektrifizierung zwingenden Fällen gesprochen wurde, so darf hierbei sicher die süddeutsche Ost-West-Linie geredet werden, da sie von Karlsruhe bis Ulm durch ihre Steigungen für diese Betriebsart besonders bereischaftet ist. Damit ist auch erwiesen, daß das ganze Problem nicht als ein rein badisches, sondern mindestens als ein badisch-württembergisches, wenn nicht schlechthin als ein süddeutsches zu behandeln ist. Erwägt man dazu noch, daß jenseits des Rheins die Stimmen immer wieder laut werden, die für eine Elektrifizierung des außerdeutschen Nord-Süd-Verkehrs eintreten, so muß auch das Reichsbahninteresse und das allgemeine deutsche Interesse für die von Baden verfochtene Frage in Anspruch genommen werden.

Es ist aber nicht so, daß der Beschluß wegen des Stuttgarter Nahverkehrs allein Baden auf den Plan gerufen hätte. Oberbaurat Dr. Helmle vom Badenwerk hat schon unter dem 21. Mai 1930 in der „Karlsruher Zeitung“ darauf hingewiesen, daß man nach dem Beispiel der Schweiz die Bahnelektrifizierung volkswirtschaftlich auch als ein hervorragendes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausnützen könne. Er betont, daß die Wirksamkeit der Bahnelektrifizierung — gemeint ist dabei die Nord-Süd-Linie in Baden — außer Zweifel stand und noch steht. Er schlägt aber vor, um die Sache für die Reichsbahn noch besonders anziehend zu machen, daß

Kürzung auch der sächsischen Ministergehälter. Die Mitglieder des sächsischen Gesamtministeriums haben sich für die Zeit vom 1. Oktober an entschlossen, das ihnen nach der Besoldungsordnung zustehende Grundgehalt nur in Höhe eines um 20 S. gekürzten Betrags in Anspruch zu nehmen.

das Reich aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge einen verhältnismäßig kleinen Betrag hierfür bereitstellen möge, so daß die Umstellung des Dampftriebs auf den elektrischen Betrieb für die Reichsbahn nicht nur wirtschaftlich, sondern dauernd sehr wirtschaftlich werde.

Baden hat schon früher errechnet, daß mehrere Jahre hindurch nahe an 10 000 Arbeitskräfte bei Einführung der Bahnelektrifizierung auf der Nord-Süd-Linie Beschäftigung fänden. Es dürfte daher anzunehmen sein, daß auch der Reichsarbeitsminister diesen Vorschlag gerne aufgreift, sofern nur die Reichsbahn die Führung übernimmt.

Zum Schluß seiner Ausführungen bemerkt der Verfasser, Eigenbesitz von Wasserkräften werde von der Reichsbahn auf alle Fälle anzustreben sein, wenn sie die Bahnelektrifizierung allgemein in ihr Programm aufnehmen wolle. Die Aufnahme in das Programm erscheint geboten, nachdem der Wettbewerb des Kraftwagens die Reichsbahn zwingt, auch ihre Produktion, nämlich die Verkehrsleistungen, nach Möglichkeit zu verbilligen. Die Reichsbahn soll sich dabei nicht auf Kohle allein und nicht auf Wasserkraft allein stützen, sondern schauen, an beiden Energiequellen gleichmäßig Anteil zu haben. Bei der heute zu beobachtenden großen Aufteilung der elektrischen Energie in den Konzernen läuft die Reichsbahn Gefahr, sofern sie sich nicht rasch entschließt, zu spät zu kommen. Schon einmal wurde in Baden ein großer Zeitpunkt verpaßt, als im Jahre 1920 bei Übergabe der Staatsbahnen an das Reich für die Reichsbahn die Möglichkeit bestand, das umfassende Netz der badischen Kraftwagenlinien zu übernehmen und als Reichsbahnbetrieb zu entwickeln. Die Reichsbahn wollte dies nicht; dafür sprang die Reichspost ein und legte damit den Grund zu einem umfassenden, der Reichsbahn lange Zeit unbequemen Kraftwagenliniennetz. Möge diesmal die badische Einleitung zur Beteiligung an den noch verfügbaren Wasserkräften Badens nicht abgewiesen werden, sondern für die Reichsbahn ein Ausgangspunkt neuen Vorwärtstrebens und neuer Ersparnismöglichkeiten im ganzen Reichsbahnbetriebe sein.

Es ist nur zu wünschen, daß die badische Regierung mit allem Nachdruck ihre Bemühungen fortsetzt, daß endlich einmal die Elektrifizierung auch der badischen Bahnstrecken in Angriff genommen wird. Man sollte annehmen dürfen, daß auch bei der Reichsbahn einiges Verständnis für die sich aus dem Grenzlandcharakter des Landes Baden ergebenden Notwendigkeiten auf dem Gebiete des Verkehrs besteht.

Vor dem Preussischen Landtag standen am Mittwoch die verschiedenen Anträge auf Landtagsauflösung. Während der Rede des Ministerpräsidenten Brauns kam es wiederholt zu erregten Zwischenrufen von rechts und links. Der Präsident vermochte nur mit Mühe die Ruhe wiederherzustellen und forderte insbesondere die Abgeordneten, die sich um das Nebentischgespräch hatten, auf, ihre Plätze wieder einzunehmen. Da der nationalsozialistische Abgeordnete Lohse dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde die Sitzung um 5 Minuten unterbrochen und der Abg. Lohse aus dem Saal verwiesen.

Die sächsische Regierung für eine halbjährige Revision des Youngplans. Bei der Beratung eines deutschnationalen Antrages auf Revision des Youngplans erklärte im Sächsischen Landtag Ministerpräsident Schied, die Regierung wäre gerne bereit, sich nachdrücklich bei der Reichsregierung dafür einzusetzen, daß sie, um des Lebensinteresses des deutschen Volkes willen, so bald wie möglich zur Nachlassung der Lasten, die uns im Haag auferlegt worden sind, die notwendigen Schritte unternimmt.

Politische Ausschreitungen in Mecklenburg. In Schwerin (Mecklenburg) kam es in einer nationalsozialistischen Versammlung zu einem schweren Tumult, bei dem die Meinungsverschiedenheiten mit Stuhl- und Tischbeinen ausgefochten wurden. 15 Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt. Auch in Güstrow wurden Ausschreitungen begangen. Dort zog abends eine Abteilung junger Burken mit politischen Abzeichen durch die Straßen und zertrümmerte eine Reihe von Schaufenstern.

Ein antiautonomistischer Blod in Strahburg für die Gemeinderatswahlen. Zwischen den nationalsozialistischen Parteien in Strahburg ist für die Stichwahl am kommenden Sonntag ein Wahlbündnis zustande gekommen, durch das der antiautonomistischen Front eine antiautonomistische der Demokraten, Sozialisten, Nationalkatholiken und Radikalen entgegengestellt wird. Es ist das erste Mal, daß ein solches Wahlbündnis der nationalen Parteien zustande kommt.

Der Staatspräsident an Pfarrer Saier. Pfarrer Josef Saier, der Leiter der Dittheimer Volksspielbühne, erhielt zu seinem 75-jährigen Ortsjubiläum, das kürzlich seine Seeligerengemeinde mit ihm feiern konnte, ein Schreiben des Staatspräsidenten Dr. Schmitt. Darin heißt es: „Mit besonderer Anerkennung gedenke ich hierbei gerne Ihrer so überaus erfolgreichen Arbeit als Leiter der Dittheimer Volksspielbühne, die den Namen Ihres Pfarrorts in die Welt hinausgetragen und zugleich Volkserziehung und Volksbildung geleistet hat, wie wenige Gemeinwesen. Für diese segensreiche Tätigkeit sei Ihnen der besondere Dank des ganzen Landes zum Ausdruck gebracht. Mögen Sie noch viele Jahre an Ihrer Arbeitsstätte wirken können, zum Segen Ihrer Pfarrangehörigen und zum Wohle des ganzen Volkes.“

Für das Freiburger Theater. Der Intendant des Freiburger Stadttheaters, Dr. Max Krüger, hat an 5000 Freiburger Adressen ein Werbungsschreiben gerichtet, indem es u. a. heißt: „In der Spielzeit 1928/29 zählte das Stadttheater rund 1800 Mieter zu seinen Stammesuchern, im abgelaufenen Jahr waren es erfreulicherweise 2300. Ich hoffe, diesen Wertstand auch in der neuen Spielzeit, die am 9. September ihren Anfang genommen hat, wieder zusammen zu bringen. Die ernste Sorge um den Weiterbestand des Freiburger Stadttheaters zwingt mich aber, an alle diejenigen Kreise, die in der Lage sind, eine Theatermietsache zu kaufen, die Bitte und Mahnung zu richten, dem Theater im Kampf um seinen Bestand und die Erhaltung seiner künstlerischen und kulturellen Höhe durch Beitritt zur Theatergemeinde der Mieter zu helfen.“

Hoover bestellt drei Pfalzgemälde. Wie die „Neue Pfalz-Landeszeitung“ meldet, hat der Präsident der Vereinigten Staaten, Herbert Hoover, dessen Verfahren gebürtige Pfälzer waren, dem Maler Heinrich Lauer, Kehlheim bei Raumberg, einen Auftrag über drei Pfälzer Bilder erteilt. Es handelt sich, dem genannten Blatte zufolge, um Bilder von Hoovers Heimatgemeinde Ellerstadt mit dem Stammhaus der Familie des amerikanischen Präsidenten.

Um die Revision des Versailler Diktats England und Frankreich

WTB. London, 16. Okt. (Tel.). „Daily Telegraph“ veröffentlicht einen langen Aufsatz von Professor Maurice G. Rathwell über die Frage der Forderung nach Revision der Kriegsverträge. Darin wird u. a. ausgeführt, am Quai d'Orsay rechnet man damit, daß während der nächsten Jahre jede deutsche Regierung — mit der wahrscheinlichen Unterstützung Italiens, Ungarns und Österreichs — auf eine baldige und umfassende Revision der Friedensverträge dringen werde. Gegenwärtig sei Frankreich im Begriff, zu erkunden, welche Haltung die britische Regierung einnehmen würde.

Frankreich frage, ob Großbritannien, abgesehen von seinen genau umschriebenen Verpflichtungen aus dem Locarno-Vertrag, bereit wäre, das Versprechen abzugeben, Frankreich und Frankreichs Verbündeten dabei zu helfen, jegliche Änderung aller in den Friedensverträgen festgelegten Grenzen zu verhindern. Der Verfasser betont, daß die Doktrin der „Einheitsfront“ zwischen Großbritannien und Frankreich in moralischer und legaler Beziehung den Locarno-Verpflichtungen Englands widersprechen würde. Abgesehen davon sei es undenkbar, daß ein einziges britisches Dominion mobil machen würde, und Geld und Mut dafür opfern würde.

Im „News Chronicle“ schreibt J. A. Spender: Die Zukunft birgt die Gefahr in sich, daß Europa des Völkerbundes überdrüssig werden und sich wieder in zwei bewaffnete Lager spalten könnte. Wenn sich die in Deutschland herrschende Verbitterung weiter ausbreitet und kein Mittel gefunden werde, ihr die Grundlage zu entziehen, dann werden wir es erleben, daß eine Spaltung Europas in eine Partei der Anhänger der Vertragsrevision unter Führung Deutschlands mit Rußland im Hintergrund und eine Partei der Gegner der Vertragsrevision unter Führung von Frankreich eintritt.

Hervé über die Verantwortung Frankreichs

WTB. Paris, 16. Okt. (Tel.). Der Herausgeber der „Victoire“, Gustave Hervé, tritt in einem Artikel für die Revision des Versailler Vertrages ein, weil die Nichtrevision Frankreich mit der Verantwortung für einen kommenden Krieg belasten würde, der weit mehr Menschenverluste verursachen würde als der Weltkrieg.

Hervé schlägt die Streichung der Reparationslasten vor, sobald Amerika die Kriegsschulden gestrichen habe, er empfiehlt weiter, auf die Volksabstimmung im Saargebiet zu verzichten und Deutschland zu ermahnen, sich Österreich anzuschließen, weil dadurch im Grunde genommen nichts geändert werde. Weiter sollten die französischen Mandatsgebiete Togo und Kamerun an Deutschland zurückgegeben und das deutsche Militärstatut revidiert werden. Deutschland solle das gleiche Militärstatut erhalten wie Frankreich und Effektivbestände in Stärke der im französischen Mutterlande stehenden Truppen.

Hervé tritt schließlich ein für eine freundschaftliche Intervention Frankreichs bei Polen zum Zweck der Rückgabe des Korridors an Deutschland, wenn Deutschland Litauen bewegen könne, mit Polen wie einst wieder einen polnisch-litauischen Staat zu bilden.

Hervé erklärt, er beschäftige sich seit zwei Jahren mit diesem Problem und gebe seine Gedanken bekannt, um sein Gewissen zu erleichtern.

Noch eine französische Stimme

WTB. Berlin, 16. Okt. (Tel.). Der französische Abgeordnete Pierre Cot, ein Mitglied der Radikalen Partei, weilt augenblicklich in Berlin, wo er heute abend im Rahmen der Veranstaltungen der deutsch-französischen Gesellschaft einen Vortrag halten wird. Bei einer Unterredung ließ er sich über die jetzige Lage der deutsch-französischen Beziehungen aus. Die französische Allgemeinheit begreife sehr wohl die Notwendigkeit einer Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich. Die wirtschaftliche Lage Europas sei jetzt derartig, daß ohne einen Wiederaufbau dieses Kontingents eine Katastrophe unvermeidlich sei. Den Franzosen sei es klar, daß im Rahmen dieses Wiederaufbaues die Verträge revidiert werden sollten. Sie wollten nicht, daß man mit Teilrevisionen die Zeit vergeude, sie wollten vielmehr gründliche Arbeit machen und Europa auf festen Grundlagen wieder aufbauen.

Eine europäische Föderation sei ein Gebot der Stunde. Die großen Probleme, Abrüstung, Revision der Verträge und Reparationen, könnten viel besser im Rahmen der Föderation gelöst werden.

Kurze Nachrichten

Die Neuregelung der Kräftefürsorge. Die gestern veröffentlichten neuen Vorschriften des Reichsarbeitsministeriums für die Kräftefürsorge, die am 3. November d. J. in Kraft treten, sehen entgegen den ersten Mitteilungen eine Höchstdauer der Unterfütterung für 32 oder bei über 40 Jahre alten Personen für 45 Wochen vor. In beiden Unterfütterungsfällen ist nämlich die Höchstdauer um je sieben Wochen heraufgesetzt worden.

Zum Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion wurde am gestrigen Mittwoch Dr. Oberjohren durch Zuzuf wieder gewählt. In gleicher Weise wurden auch die bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Berndt und Dr. Koch, wiedergewählt.

Im Bombenlegerprozeß beantragte — wie aus Hamburg gemeldet wird — am Mittwoch der Oberstaatsanwalt gegen 19 der Teilnehmer an den Sprengstoffanschlägen in den Jahren 1925 und 1926 Angeklagten Zuchthausstrafen von 10 Jahren bis herab zu einem Jahr. Gegen 4 Angeklagte Gefängnisstrafen von 1 Jahr bis herab zu 3 Monaten, gegen Frau Holländer 70 RM Geldstrafe und für den Angeklagten v. Salomon Freispruch.

Weitere Einschränkungen bei der Firma Friedrich Krupp AG. Die Einschränkung in den Feuerbetrieben der Gußstahlfabrik Friedrich Krupp AG., Essen, und die in der Vorwoche beantragte weitere Belegschaftsverminderung haben bisher, wie die Verwaltung mitteilt, die Notwendigkeit ergeben, auch für die zugehörigen Betriebe und die mechanischen Werkstätten eine Herabsetzung der Belegschaft vorzuschlagen zu beantragen. Es handelt sich dabei um rund 1500 Arbeiter und Angestellte, deren Entlassung erfolgen muß, wenn nicht in den nächsten Wochen Aufträge eingehen, die eine Weiterbeschäftigung ermöglichen.

Owen D. Young ist von New York mit dem Dampfer „Leviathan“ nach Europa abgereist.

Keine Arbeitslosenunterstützung mehr in Rußland. An der Moskauer Arbeitsbörse sind zur Zeit rund 600 000 Arbeitslose registriert. Laut Beschluß des Arbeitslosenkommissariates werden seit dem 10. Oktober keine Unterstützungen mehr an Arbeitslose ausbezahlt. In dem Beschluß wird darauf hingewiesen, daß diese Maßnahme infolge Mangels der entsprechenden Mittel gefaßt worden ist. Gleichzeitig wird betont, daß die Arbeitslosen jede Arbeit, ganz gleich welcher Art, die ihnen die Arbeitsbörse anbietet, annehmen müssen.

Die Wahl des Reichstagspräsidenten Löbe, Stöhr, Esser, Gräß

Die mit so großer Spannung erwartete Wahl des Reichstagspräsidenten wurde in der Reichstagsitzung am Mittwoch unter erheblichem Lärm und Tumult vollzogen mit dem Ergebnis, daß der Präsident des alten Reichstags, Löbe, wiedergewählt worden ist.

Sein Gegenkandidat war Dr. Scholz (D. Vp.), der auch von den Nationalsozialisten Dr. Fried empfohlen worden war, während die Kommunisten den Abg. Ried präsentierten. Die Christlich-Sozialen erklärten, daß die Präsidentenwahl nicht ein politischer Akt sei, sondern daß hierbei die Fraktionsstärke maßgebend sei, und stimmten für Löbe. Mit der Deutschen Volkspartei, den Nationalsozialisten, dem Landvolk und der Wirtschaftspartei scheinen auch die sechs Volksnationalen für Scholz gestimmt zu haben. Zur allgemeinen Überraschung aber stimmten die Deutschnationalen im ersten Wahlgang nicht für Scholz, sondern für ihr eigenes Fraktionsmitglied Gräß-Thüringen. So erhielt im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit, und es mußte zwischen Löbe und Dr. Scholz eine Stichwahl stattfinden, in der Abg. Löbe (Soz.) mit 269 Stimmen gegen den Abg. Dr. Scholz (D. Vp.), der 209 Stimmen erhielt, gewählt wurde. 77 ungültige Stimmen wurden von den Kommunisten abgegeben. Das Ergebnis wurde von den Sozialdemokraten mit lautem Beifall, von den Nationalsozialisten mit lauten Pfuirufen aufgenommen.

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten — die drei Vizepräsidenten sind gleichberechtigt — mußten nach der Fraktionsstärke die Nationalsozialisten daranommen. Wegen der nationalsozialistischen Haltung bei der Präsidentenwahl schlugen aber die Sozialdemokraten den Zentrumsabgeordneten Esser vor. In dem hiesigen Streit über die Kandidatenfrage teilte der Präsident den ersten Ordnungsruf aus. Er traf den nationalsozialistischen Abgeordneten Dreher wegen seines gegen den Sozialdemokraten Dittmann gerichteten beleidigenden Ausf. Hierauf wurde mit absoluter Mehrheit von 288 Stimmen der nationalsozialistische Abgeordnete Stöhr gewählt.

Mit der großen Mehrheit von 427 Stimmen wurde dann als zweiter Vizepräsident der Zentrumsabgeordnete Esser gewählt.

Bei der Wahl des dritten Vizepräsidenten gab es zunächst eine Stimmenspaltung. In der Stichwahl erhielt Gräß-Thüringen (D. Natl.) 231 Stimmen, Dr. Fleger (Bayr. Vp.) 200 Stimmen, während die Kommunisten 67 ungültige Stimmzettel abgegeben hatten.

Das Ergebnis der Schriftführerwahl wird erst heute mitgeteilt. Gestern wurden noch ohne Debatte die Anträge der Sozialdemokraten und anderer Parteien auf Verabreichung der Abgeordnetenblüten und der Bezüge des Reichspräsidenten und der Minister dem Ausschuss überwiesen.

Heute, Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, soll mit der Erklärung der Reichsregierung die große politische Aussprache über die Notverordnung, die Außen- und Innenpolitik eingeleitet werden.

Die Besetzung der Ausschüsse

In einer Sitzung des Ältestenrats des Reichstags wurde am Mittwoch die Besetzung der wichtigsten Ausschüsse erörtert. Es wurde anerkannt, daß den Sozialdemokraten der Vorsitz im Haushaltsausschuss zustehe, für den sie vermutlich wieder den bisherigen bewährten Vorsitzenden Seimann präsentieren werden, ferner daß den Nationalsozialisten der Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss zukomme. Dieser Ausschuss, der nach der Verfassung ein ständiger Ausschuss ist und auch sogar eine Auflösung des Reichstags überdauern, wird also künftig vermutlich von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Graf Reventlow geleitet werden, der in dieser Partei bisher als Spezialist für die auswärtige Politik betrachtet wurde.

Anträge im Reichstag

WTB. Berlin, 16. Okt. (Tel.). Obwohl der Reichstag erst drei Tage versammelt ist, liegen doch bereits über 70 Anträge und Interpellationen der verschiedenen Parteien vor. Die Nationalsozialisten fordern Einleitung der notwendigen Schritte zur Aufhebung des Versailler Vertrages und der darauf auf gebauten Tributverträge. Weiter fordern sie Festsetzung des höchstzulässigen Zinsfußes auf 5 Proz., wovon mindestens 1 Proz. auf die Tilgung der Schuld zu verrechnen ist. Jubiläumsdarlehens sollen wegen Wuchers mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft werden. Wer Geld oder andere Vermögenswerte im Ausland besitzt, hat dies dem zuständigen Finanzamt anzuzeigen, und auf Verlangen das Geld nach Deutschland zurückzuführen, widrigenfalls Verhaftung wegen Landesverrats eintreten soll. Wechsel dürfen nur diskontiert werden, wenn der Wechsel eines Warengeschäftes erbracht ist, alle Termin- und Blankogeschäfte an der Börse sollen verboten sein und der börsenmäßige Handel mit Wertpapieren soll aufgehoben werden. Die Nationalsozialisten verlangen weiter Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, wie der „Vorwärts“ berichtet, einen großen Antrag ausgearbeitet zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, der Eindämmung der wachsenden Arbeitslosigkeit und der Verbindung der Verelendung breiter Volksmassen.

In diesem Antrag wird ein Gesetzesentwurf verlangt, der für die Dauer der Arbeitslosigkeit die 40stündige Arbeitswoche vorseht, unter gleichzeitiger Verpflichtung zur Einstellung neuer Arbeitskräfte. Außerdem sollen durch ein Gesetz die Einkünfte selbständiger Berufstätiger als Arbeitslohn auf die Pensionen und Wartegelder angedreht werden. Ferner wird eine durchgreifende Preislenkung besonders bei der Industrie, der Lebensmittel und Gegenstände des Massenbedarfs gefordert. Die zollfreie Einfuhr von Getreide soll wieder hergestellt werden. Schließlich enthält der Antrag Maßnahmen zur Bekämpfung der bedrohlich anwachsenden Kapital- und Steuerflucht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beabsichtigt, wie das Blatt weiter meldet, den Reichsarbeitsminister aufzufordern, den Schiedspruch vom 10. Oktober über die Berliner Metallindustrie nicht für verbindlich zu erklären.

Die Deutschnationalen haben zahlreiche Anträge und Interpellationen eingebracht, in denen u. a. ein weiteres Verbleiben Deutschlands im Völkerbund und zweifelsbezeugt wird. Die Regierung wird ferner gefragt, ob sie bereit sei, den Gedanken der Erhebung einer Reparationsabgabe von der Einfuhr nach Deutschland aufzunehmen und vorbereitende Schritte zu einer Revision des Youngplans zu unternehmen. Ferner wird angefragt, ob die Regierung bereit sei, die Folgerungen aus dem Scheitern der Abrüstungsfrage zu ziehen und die Frage des Rüstungsausgleichs durch Förderung der deutschen Wehrfreiheit der notwendigen Lösung entgegenzuführen. Ferner verlangen die Deutschnationalen, daß endlich das wiederholt versprochene Reichsrentengesetz vorgelegt werden soll.

Die Kommunisten fordern den Siebentendenz bei vollem Lohnausgleich. Ferner fordern sie, daß Abgeordnete keine Diäten erhalten, wenn ihr Einkommen 8000 RM übersteigt.

Die Krankenkassennotverordnung

Durch die Reichsverordnung zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände sind bedeutende Änderungen in der reichsgesetzlichen Krankenversicherung herbeigeführt worden, die auch das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten betreffen. Dazu schreibt die „Sozialversicherungs-Korrespondenz“:

Die Aufwendungen der Krankenkassen für ärztliche Behandlung haben ein Ausmaß erreicht, das auf die Dauer nicht tragbar ist. Bei Weiterentwicklung der bisherigen Verhältnisse hätte die reichsgesetzliche Krankenversicherung für sich im Jahre 1930 nach vorsichtiger Schätzung mit einem Aufwande von mindestens 500 Millionen Reichsmark leblich für ärztliche Behandlung rechnen müssen, d. h. mit einem Betrage, der den Gesamtausgaben der reichsgesetzlichen Krankenversicherung im Jahre 1913 gleichkommt. Es war daher ein dringendes Gebot der Stunde, daß versucht wird, durch gesetzliche Maßnahmen die Ausgaben der Krankenkassen für ärztliche Behandlung in die richtigen Grenzen zurückzuführen durch Beschränkung der Möglichkeit unbedingter Inanspruchnahme der Krankenkassen sowie der Selbstkosten der Krankenkassen durch allmähliche Zurückführung der Zahl der zur Kassenzugehörigkeit zugelassenen Ärzte auf das dem Bedürfnis nachkommende Maß.

Die in diesem Sinne durch die Reichsverordnung eingeführten Gesetzesbestimmungen werden von dem Ärzteverband aufscharfste bekämpft mit der Begründung, daß dadurch der Gesundheitszustand der versicherten Bevölkerung leiden könnte. Diese Begründung kann um so weniger stichhaltig sein, als feststeht, daß das deutsche Volk nicht einmal das gesunde der Welt ist. Die Skandinavier, Holländer, Engländer und Amerikaner sind mindestens so gesund wie die Deutschen, obwohl sie bei weitem nicht soviel für Arzt und Arznei ausgeben wie die Deutschen.

Der von ärztlicher Seite gegen die neuen Bestimmungen geführte Kampf ist auch im Hinblick auf die frühere Einstellung der Ärzte zu diesen Maßnahmen verständlich. So hat sich z. B. der Arzttag 1927 in einer Entschließung einverstanden erklärt mit gesetzlichen Einrichtungen zur Sicherung der Krankenkassen gegen eine unbillige und übermäßige Inanspruchnahme. Noch auf dem Essener Arzttag 1929 hat der Führer der deutschen Ärzteschaft, Geheimrat Dr. Stauder, betont, daß sich die Ärzte mit den Wünschen der Allgemeinheit dahin begeben, daß die Sozialversicherung nicht noch teurer werden dürfe. Dieses Gebot der allgemeinen Lage des Landes, seine Tributpflichtigkeit für zwei Generationen, seine Verarmung und finanzielle Bedrängnis.

Wenn demgegenüber heute die Bemühungen um Zurückführung der Aufwendungen der reichsgesetzlichen Krankenversicherung in einen für die Wirtschaft, für Versicherte und Arbeitgeber, erträglichen Rahmen von den Ärzten bekämpft werden, so sind hierfür letzten Endes wirtschaftliche Gesichtspunkte bestimmend. Die Öffentlichkeit wird aber dafür kein Verständnis aufbringen können, daß lediglich mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen der Ärzte die dringend nötige Gefundung der Krankenversicherung verhindert werden soll.

Kleine Chronik

Der Berliner Pilot **Menke** verunglückte Dienstag nachmittag bei **Augsburg** bei einem Probeflug mit einem Doppeldecker **Wölbli**. Aus bisher noch unbekanntem Grund sprang der Flieger in der Nähe des Flugplatzes aus 500 Meter Höhe mit dem Fallschirm ab, der sich aber nicht öffnete. Das sich selbst überlassene Flugzeug verunglückte in den Wäldern und wurde vollständig zerstört.

Am Amtszimmer des **Deutscher Gerichtsarztes Dr. Spicker** übergab seine Gattin ein an ihn durch die Post zugestelltes **Rädchen**. Bei der Öffnung der Postsendung entdeckte ein **ohrenbetäubender Knall** und das Zimmer glich einem Trümmerhaufen. Der Gerichtsarzt erhielt unbedeutende Verletzungen. Es dürfte sich um einen **Luftschiff** handeln. Fast zur gleichen Zeit erhielt auch der **Stadtarzt Dr. Wilhelm** in seiner Wohnung ein **Postpaket**, das er aber ins Nebenzimmer warf, wo es explodierte.

Der **Präsident des medienburgischen Oberlandesgerichts, Krüger**, wurde, wie aus **Nordost** berichtet wird, Dienstag vormittag, während einer **Geschäftsbesprechung** plötzlich vom Schlag getroffen. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Verstorbenen, der erst kurze Zeit das Amt des **Präsidenten** des höchsten medienburgischen Gerichts bekleidete, stand im **62. Lebensjahre**.

Zwei Flugzeugunfälle haben sich wieder in Frankreich ereignet. Über dem **Flugplatz Nîmes** bei **Marseille** stürzte ein **Marineflugzeug** bei **Flugübungen** tödlich ab. Bei **Chartres** stürzte ein **Militärflugzeug** aus **Le Bourget** ab. Die beiden Insassen trugen schwere Verletzungen davon.

In der **Wallstreet** in **New York** begingen zwei Männer durch **Selbstmord**, daß sie sich von **Wolfskränzen** herabstürzten. Der eine sprang vom **30. Stockwerk** des **Equitable** Gebäudes in die Tiefe. Er stürzte auf einen **Lastkraftwagen** und erschlug mit dem **Gewicht seines Körpers** den **Führer** dieses Wagens. Der andere stürzte sich vom **24. Stockwerk** des **Singer** Gebäudes herab. Er fiel an der **Broadwayfront** angedrückt **Taufender** von **Vorbüßenden** auf einen **Vorsprung** des **14. Stockwerks**, wo er tot liegen blieb.

Wieder ein Erdbeben

Neuerlicher Erdstoß in Oberbaden

Die **Seismographen** des **Naturwissenschaftlichen Vereins** im **Geodätischen Institut** der **Technischen Hochschule Karlsruhe** registrierten in der Nacht zum heutigen **Donnerstag** um **23.19.46 Uhr** ein **leichtes Nahbeben**. Aus **Freiburg** wird berichtet: Heute nacht um **11.20 Uhr** wurde in verschiedenen Orten **Oberbadens**, so in **Freiburg** und auf der **Baar** im Gebiet um **Donaueschingen**, ein **neuerlicher Erdstoß** wahrgenommen, der von einem **längeren, tiefen Rollen** und **leichtem Schwanen** begleitet war. Die **Richtung** des **Erdstoßes** wird mit **Nordost-Südwest** bzw. **Nord-Süd** angegeben. Das **Erdbeben** wurde besonders stark im **Emmendinger Bezirk** und in der **Gegend von Mühlheim** verspürt. Auch aus dem **Ob- und Unter-Oberrhein** sind Meldungen über den **Erdstoß** vor.

Nach weiteren Meldungen kündigte sich der **Erdstoß** durch **zunächst leises**, dann immer **stärker werdendes unterirdisches, dumpfes Rollen** an, das dann **plötzlich abbrach**. Es folgte **lautlose Stille**. Der **Erdstoß** selbst endigte mit einem **kräftigen Knall**, der namentlich in **ländlichen Orten** eine **starke Erschütterung** der **Häuser** verursachte. Man bemerkte ein **starkes Knarren** des **Gebälges**, sowie ein **leichtes Hin- und Herbewegen** der **Bilder** an den **Wänden** usw. Berichte aus dem **Ober- und Unter-Oberrhein** lassen erkennen, daß man dort den **Erdstoß** nicht so stark wahrgenommen habe, wie beispielsweise im **Wiesental**, so in **Lörrach** und **Schopfheim**.

Badischer Teil

Reichsbahn und Oberheinschiffahrt

Zu dem bereits von uns gezeichneten **Kehler Standpunkt** erhalten wir eine **längere Zuschrift** aus **Kehl**, welche die **Maßnahmen** der **Reichsbahn** verteidigt. Es heißt darin:

Die **Deutsche Reichsbahn** sieht ihren **Bestand** im **Getreideumschlagverkehr** ab **Kehl-Hafen** nach der **Ditschweiz** (also die **Westschweiz** ausgenommen) durch **Frachtmassnahmen** der **Schiffahrt** gefährdet. Sie hat zur **Erhaltung** des ihr **verkehrsgeographisch** und **tariflich zustehenden Verkehrs** eine **Gleichstellung** der **direkten Bahnfracht** ab **Kehl** mit der **kombinierten Schiff- und Bahnfracht** in **Ausicht** gestellt. Es handelt sich um eine **selbstverständliche Maßnahme**, die nicht allgemein **niedrigere Sätze** bietet, **also niemals unterbietet** will, und nicht unter die **Selbstkosten** geht. Diese **Maßnahme** ist um so **harmloser**, als sie nur zur **Geltung** kommt, wenn die **Schiffahrt unterbietet**, in der **Absicht**, der **Reichsbahn** den zu ihrem **Bestand** gehörigen **Verkehr** abzunehmen. **Unterläßt** die **Schiffahrt** den **Kampf** gegen die **Eisenbahn**, berechnet sie also **normale Frachten**, so ist die **Anordnung** der **Reichsbahn** **gegenstandslos**.

Seit **Jahren** verlangen **badische Regierung, Landtag** und **Wirtschaft** von der **Reichsbahn**, sie möge durch ihre **Tarifmassnahmen** stärker dafür sorgen, daß den **badischen Oberheinschiffahrt** ein **möglichst großer Anteil** am **Rheinverkehr** zum **Umschlag** zutomme. Die **Reichsbahn** dürfte nicht zusehen, wie der **Verkehr** auf **ausländische Häfen** abwandere. **Entgegenkommenderweise** schuf die **Reichsbahn** eine **Anzahl Umschlagtarife**, insbesondere auch für den **Verkehr** nach der **Schweiz**. **Mit Hilfe** derartiger **Umschlagtarife** gelang es, dem **Hafen Kehl**, am **Getreideverkehr** mit der **Schweiz** mit einer — in den **Jahren 1928/29** ungefähr **gleich** — **Umschlagmenge** von **je 270 000 Tonnen** zu beteiligen. Diese **Umschlagmengen** brachten dem **Hafen Kehl** **Umschlags- und sonstige Gebühren** in **Höhe** von **etwa 650 000 Reichsmark** im **Jahre**. Der **Reichsbahn** führten sie nach dem **deutsch-schweizerischen Getreidetarif** **Frachten** und **Gebühren** bis zu dem **deutsch-schweizerischen Übergang** in **Höhe** etwa **des doppelten Betrages**; dem **deutschen Volkseinkommen** und dem **deutschen Lohnfonds** floßen somit **allein** aus dem **Getreideumschlagverkehr** in **Kehl** **jährlich etwa 2 Millionen Reichsmark** zu. Das ist die **Lohnbasis** für **1000 deutsche Arbeiter**.

Die **schweizerische Oberheinschiffahrt** fühlte sich nun im **Jahre 1930** **berufen**, dem **Hafen Kehl** und der **Reichsbahn** diesen **Umschlagverkehr**, der vor dem **Kriege** auf **Wannheim** lag, auch noch auf dem **letzten deutschen Umschlagplatz** (**Kehl**) **streitig** zu machen und **mit Hilfe** des **Rhein-Rhône-Kanals** und des **Rheins** auf **Wesel** zu ziehen.

Die **gleiche Erfahrung** liegt auch beim **Kehler Kohlenumschlag** vor, der im **Jahre 1929** **rund 320 000 Tonnen** betragen hat. Dabei tragen die **Schweizer Bundesbahnen** die **Frachtausfälle**. Auf diese Weise wird der **Hafen Kehl** bis **Jahresende** nach den **bis jetzt vorliegenden Verlustziffern** **etwa 100 000 Tonnen** **Kohlen** **einbüßen**. **Wer ist der Gewinner?** **Doch** in der **Hauptsache** die **Schiffahrt** auf dem **Rhein-Rhône-Kanal**.

Die **Gleichstellung** im **Getreideverkehr** mit der **Oberheinschiffahrt** ist für die **Reichsbahn** **durchaus kein Dumpinggeschäft**, wie es die **schweizerische Schiffahrt** glauben zu machen versucht. **Den** der **Reichsbahn** **verbleiben tonnenkilometrisch** für den **traffesten Fall** der **Auslösung** **immer noch 3,8 Rp.**, ungefähr **das Doppelte** ihrer **Selbstkosten**. Vom **Selbstkostenstandpunkt** aus wäre sie nicht nur in der **Lage**, der **Schiffahrt** zu folgen, sondern **ist** in **Wahrung** der **ihre anvertrauten deutschen Interessen** verpflichtet, dem **Hafen Kehl** und sich selbst das **Geschäft** zu erhalten, **zumal** in einer **Zeit**, in der die **deutsche Volkswirtschaft** in **höchster Not** ist und **8 Millionen** **Rückzuschleppen** hat, in der auf dem **Programm** sämtlicher **Parteien** als **erste Forderung** die **Beschaffung** von **Arbeit** steht. Die **Schweiz** mag sich **glücklich schätzen**, daß sie in **unvergleichlich besserer Lage** ist. Sie wird bei **objektiver Betrachtung** durch die **Tarifmassnahme** der **Reichsbahn** **eigentlich kaum** **berührt**. Die **schweizerische Schiffahrt** ist, bei **aller Achtung** vor ihrer **Leistung** und **Beachtung** für die **Schweiz**, doch nur ein **sehr kleiner Ausschnitt** der **schweizerischen Wirtschaft**. Diese hat von der **nur die Ditschweiz** betreffenden **Frachtgleichstellung** **mehr Vorteile** als **Nachteile**.

Wir **glauben** auch nicht, daß das **Schweizer Volk** im **ganzen** aus der **Not** des **deutschen Volkes** Nutzen ziehen will, und **zweifeln** auch nicht, daß an dem **geraden Sinn** und der **nüchternen wirtschaftlichen Berechnung** die **Boykottandrohung** gegen den **Hafen Kehl** scheitern wird.

Lichtbilddienst

Der Reichszentrale für Heimatsdienst

Die **Landesabteilung** **Baden** der **Reichszentrale** für **Heimatsdienst** in **Karlsruhe**, **Erbsprinzenstraße 31**, **verbenet** zur **Zeit** ihre **neuen Lichtbildverzeichnisse**, aus denen **erichtlich** ist, daß folgende **neue Serien** erschienen sind:

„**Deutschlands Ernährungswirtschaft**“, **Landwirtschaftlicher Fortschritt**, **Wirtschaft und Technik**, **Der Deutsche Reichstag**, **Der Rhein ist frei**, **Das deutsche Volk**, **Deutsche Kulturleistungen im Ausland**, **Rot und Rettung des deutschen Ostens**, **Die Frau im Leben der Gegenwart**, **Das Siedlungsgebiet im deutschen Osten**.

Die **Lichtbildverzeichnisse** können von der **Landesabteilung** **unentgeltlich** bezogen werden. Der **Verleihspreis** pro **Serie** samt **Vortragsstekt** beträgt **nur 3 M** **zugüglich Porto**. Die **Serien** sind auch als **Bildbänder** mit **Text** für **je 50 Rp.** **leihweise** zu beziehen. **Sonderkatalog** über **Hundert** von **verkauflichen Bildbändern** steht **kostenlos** zur **Verfügung**. Die **Landesabteilung** **vermittelt** außerdem den **Verleih** und **Verkauf** beim **Deutschen Lichtbilddienst**, **Berlin**, und **gewährt** auf die **Verleihspreise** des **Deutschen Lichtbilddienstes** **einen Rabatt** von **30 Proz.** Die **Serien** des **Deutschen Lichtbilddienstes** sind ebenfalls aus dem **Lichtbildkatalog** der **Landesabteilung** **erhältlich**. Für die **staatsbürgerliche Unterweisung** und **Bildung** stellen die **Serien** **wertvolle Hilfsmittel** dar.

Verbesserung im Fernsprechverkehr Pfalz-Baden

Wie die **Oberpostdirektion Speyer** mitteilt, wird der **automatische Fernsprechbetrieb** **Pfalz** und **Baden** demnächst eine **wesentliche Verbesserung** erfahren. Es ist **beabsichtigt**, in den **engeren Gesprächsbezirk** der **pfälzischen Fernsprecherautomat** **außer Mannheim** auch die **Orte Heidelberg, Ladenburg** und **Schwetzingen** einzubeziehen.

Die Neckarschiffahrt A.-G. Heilbronn

Ein **altes Heilbronner Unternehmen**, das **vielen in Erinnerung** sein wird durch die **Personenfahrten** von **Heilbronn** nach **Heidelberg** und **umgekehrt**, und **das für Handel** und **Industrie** **nützlich** war durch den **Eilgutverkehr**, **sieht** sich **als Folge** der **Ungunst** der **Zeitverhältnisse** **gezwungen**, den **Fahrdienst** **einzustellen**, und die **Gesellschaft** zu **liquidieren**. (Wie

gemeldet, ist inzwischen das **Konkursverfahren** eröffnet.) Die **Ursache** liegt in **erster Linie** in den **ungünstigen Wasserverhältnissen** in den **beiden letzten Jahren**, die **gerade während** der **Sommerzeit** die **Einstellung** der **Schiffahrt** wegen **andauerndem Niedrigwasser** **veranlaßte**. **Wohl** waren in **diesem** **Jahre** die **Wasserverhältnisse** **günstiger**, **jedoch** der **Personenverkehr** **ging** **stark zurück** in **erster Linie** wegen der **schlechten** **Witterung** im **Juli** und **August**, **dann** aber auch wegen der **schlechten** **wirtschaftlichen Lage**. **Der Frachtverkehr** **brachte** **auch** **ständig ungenügende Einnahmen**, weil er **mengenmäßig** **gegenüber** der **Friedenszeit** **stark zurückging** und **nicht zuletzt** **auch** **unter** dem **Wettbewerb** mit dem **Autoverkehr** **stark litt**. **Man** **wird** **diese Entwicklung** **nicht nur** bei **Handel** und **Industrie** **bedauern**, sondern auch bei **allen** **denen**, die die **schöne** **Neckarschiffahrt** **per Wasser** **gemacht** **haben**.

Es wäre **bedauerlich**, wenn **nicht** **trug** der **Ungunst** der **Verhältnisse** **Mittel** und **Wege** **gefunden** **würden**, um die **Personenschiffahrt** und im **Interesse** von **Handel** und **Industrie** den **Eilgutverkehr** **wieder** in **Gang** zu **bringen**. **Bemerkten** **wir** **noch**, daß es **sich nicht** um das **„Heilbronner Schiffahrtsgesellschaftsamt** **Erich Hoffmann**“ in **Heilbronn** mit **Zweigniederlassung** in **Mannheim** **handelt**. **Nm.** **der Schriftstg.**

Aus den Parteien

Die **bürgerlichen Sammlungsbestrebungen** in **Karlsruhe**. Die **von** der **Deutschen Volkspartei** **ausgehenden Verhandlungen** mit **anderen Parteien** über die **Bildung** einer **Arbeitsgemeinschaft** der **bürgerlichen Mitte** haben, lt. **„Bad. Fr.“**, **nach** zu **keinem Ergebnis** geführt und **sollen** **weitergeführt** werden.

Kein Bürgerblock in **Offenburg**. Auf **Veranlassung** der **Wirtschaftspartei** des **Deutschen Mittelstandes** **tamen** in **Offenburg** die **bürgerlichen Parteien**, von den **Demokraten** bis zu den **Deutschnationalen**, zu einer **Besprechung** über die **Auflegung** einer **Gemeinschaftsliste** für die **Gemeindevahlen** **zusammen**. Es herrschte **grundtätige Übereinstimmung** für eine **Gemeinschaftsliste**, aber der **Vertreter** der **Deutschnationalen** **verlangte**, daß in **diese Gemeinschaftsliste** auch die **Nationalsozialisten** **einbezogen** werden **sollen**. **Dafür** waren **jedoch** **andere Parteien** **nicht** zu **haben**. **Daraufhin** **scheiterte** die **Auflegung** einer **Gemeinschaftsliste** für die **bürgerlichen Parteien**. Es ist **jedoch** **nicht ausgeschlossen**, daß **einzelne kleinere Parteien** **zusammengehen**.

Aus der badischen Industrie

Die **Walzwerke Wolff & Wetter** in **Kaufach**, die **etwa 120** **bis 150 Arbeiter** **beschäftigen**, haben **Mittwoch** **morgens**, nachdem sie **seit August** **stilllagen**, ihren **Betrieb** **wieder aufgenommen**. **Der Arbeitswiederaufnahme** **voraus** gingen **Verhandlungen** vor dem **Schlichtungsausschuß** **Freiburg i. Br.**, die **am 9. Oktober** zur **Fällung** eines **Schiedspruches** **führten**, nach dem die **sehr weit** über **Tarif** **liegenden** **Affordröhne** des **Unternehmens** **um 10 Proz.** **gelürzt** werden. **Nach** **Ablehnung** des **Spruchs** **durch** die **Arbeitnehmer** **wurde** **von** **Arbeitgeberseite** **Verbindlichkeitsklärung** **beantragt**, die **am** **Dienstag** **durch** den **Schlichter** **erfolgte**.

Tagungen

Edela-Tagung in **Forstheim**. Der **Bezirk** **Baden-Württemberg** der **450 Genossenschaften** im **Reich** **umfassenden Einkaufsgenossenschaft** **Edela** **hielt** in **Forstheim** **seine** **Tagung** **ab**. **Der Vorsitzende** der **Landeszentrale** des **Einzelhandels**, **Steinel**, **unterstrich** deren **enge Beziehungen** als **Ständevereinigung** zur **Edela**, die **durchaus wirtschaftlich** **eingestellt** **sei**. **Der Antrag**, **Schwäbisch-Hall** **als** **nächsten Tagungsort** **zu** **bestimmen**, **wurde** **gutgeheißen**. **Die für** die **Jungmitglie** **ins** **Leben** **gerufene** **Spar- und** **Arbeitsgemeinschaft** **hat** **sich** **ebenfalls** **benannt**, wie die **Wausparasse** der **Mittelstandshilfe**, an **der** die **Edela** im **Vorstand** und **finanziell** **beteiligt** **ist**. **Sie** **bezweckt** **Bergabe** **zinsfreier** **Baubauschüsse** und **Ablösung** von **Hypotheken**. **Eine** **Aussprache** **wegen** einer **Zeitungspolemik** über die **Stellung** der **Nationalsozialistischen Arbeiterpartei** zur **Konsumgenossenschaftsfrage** **gipfelte** in der **Erwartung**, daß die **mittelständischen Parteimitglieder** ihren **Einfluß** zu einer **Politik** **verwenden** **würden**, die **das Privateigentum** und die **Belange** des **Einzelhandels** **vertritt**.

Der **Städt. Musikerverband**, die **größte** **Organisation** der **süddeutschen Musikvereine**, **hielt** in **Freiburg-Bräunlingen** die **diebständige Vertreterversammlung** für die **Abteilung** **Baden** **ab**. **Der** **von** dem **Vorsitzenden** der **Abteilung** **Baden**, **Verwaltungsoberspieler** **Karl Böhringer**, **Karlsruhe**, **vorgetragene** **geschäftlichen Mitteilungen** **erwähnten** die **neuerdings** **von** **Verbande** **zum** **Schutz** **musikalischer Aufführungsrechte** **verlangten** **Schutzgebühren**. **In** **einer** **Entscheidung** **wurde** die **Verbandsleitung** **erlaubt**, die **gesamte Öffentlichkeit** über **diese Kulturdrohung** **aufzuklären**.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	16. Oktober		15. Oktober	
	Geld	-reit	Geld	-reit
Amsterdam 100 G.	169.23	169.57	169.29	169.63
Kopenhagen 100 Kr.	112.39	112.61	112.40	112.62
Stalien . . . 100 L.	21.99	22.03	21.01	22.06
London . . . 1 Pf.	20.409	20.449	20.415	20.455
New York . . . 1 D.	4.2003	4.2085	4.2025	4.105
Paris . . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.467	16.507
Schwiz . . . 100 Fr.	81.63	81.79	81.64	81.80
Wien 100 Schilling	59.255	59.375	59.275	59.395
Prag . . . 100 Kr.	12.463	12.485	12.467	12.487

Der Bergbau erwägt Kohlenpreisentung

Der **mit** der **Leitung** des **Reichswirtschaftsministeriums** **betraute** **Staatssekretär** **Trendelenburg** **hat** **am** **Montag** **mit** dem **preussischen Handelsminister** **Dr. Schreiber** **über** die **preussische** **Unterstützung** bei der **Senkung** der **Produktionskosten**, insbesondere bei der **Preisentung** der **Kohle**, **verhandelt**. **Es** **wurde** **volles Einverständnis** **erzielt**. **Die** **preussische** **Regierung** **soll** **veranlaßt** **werden**, in **ihren** **eigenen** **staatlichen** **Betrieben**, insbesondere also in den **Bergwerksunternehmen**, mit **gutem** **Beispiel** **vorzugehen**, um **durch** **ihre** **Vorgehen** die **Preisabbaubemühungen** des **Reichswirtschaftsministeriums** **zu** **unterstützen**.

In **Anschluß** **daran** **berichtet** die **„D. Allg. Ztg.“** **von** **Besprechungen** im **Kohlenbergbau**, die **Entscheidungen** in der **Frage** des **Berliner Metallarbeiterkonfliktes** mit einer **Ernähigung** der **Ruhrkohlenpreise** in **Verbindung** zu **bringen**. **Mit** dem **Reichswirtschaftsminister** **seien** **über** den **Zeitpunkt** und **das** **Ausmaß** einer **Preisentung** **noch** **keine** **Verhandlungen** **geführt** **worden**, **wohl** **aber** **werde** **innerhalb** **des** **Reiches** **der** **Bergbau** **treibenden** die **Preisfrage** **gegenwärtig** **erörtert**. **Mit** der **Kohlenpreisentung** **würde** **so** **wohl** **eine** **weitere** **Eisenpreisentung** **ermöglicht** **werden**, wie eine **Verbilligung** der **Transporte** für die **Eisenbahn**. **Ferner** **scheine** **auch** die **Metallindustrie** **bereit**, aus der **Kohlenpreisentung** **weitere** **preispolitische** **Konsequenzen** **zu** **ziehen**.

Mannheimer Gummi-, Guttapercha- und Asbestfabrik AG.
In einer Gläubigerversammlung wurde der Festschreibungsvertrag mit den Banken gutgeheißen. Für die Weiterführung des Betriebes habe die Badische Kommunalbank gegen Festschreibung von 13 000 Reichsmark und die D.D. Bank Lohngehalt für zwei Wochen zur Verfügung gestellt. Mitgeteilt wurden ferner Einzelheiten des Kaufvertrages mit der Deutschen Asbestwerke AG. in Berlin-Hehlendorf. Die Gläubigerversammlung stimmte dem Moratorium bis 1. April 1931 zu. Das gerichtliche Vergleichsverfahren soll beantragt werden. Beteiligt sind 410 Gläubiger mit 992 070 Reichsmark Forderungen.

Aus der Landeshauptstadt

Die Magauer Schiffbrücke ist seit Dienstag vormittag für den Schiffsverkehr wieder freigegeben. Der Eisenbahnverkehr war übrigens, entgegen einer auch von uns gebrachten Meldung, nicht eingestellt.

Das Wasserflugzeug „Seefalke“, das in diesen Tagen im Rheinbad Rappnau befristet werden kann, ist gestern nachmittags 4.05 Uhr von Koblenz kommend, nach sehr schöner Fahrt und in Anwesenheit einer größeren Zuschauermenge in Rappnau glatt gelandet. Der Rheinflugdienst beginnt heute. Die geplanten Rund- und Sonderflüge führen vom Rhein aus über Karlsruhe und die Karlsruhe umgebende Landschaft beiderseits des Rheins. In Mainz und anderen Städten wurde das Flugzeug wochenlang festgehalten, weil es dem großen Andrang der Fluggäste einfach nicht gewachsen war. Das Flugzeug wird bis nächsten Mittwoch hier bleiben, dabei löst die Luftkassa unter den Zuschauern, die das Rheinstrandbad besuchen, Freiflüge aus.

Politische Reibereien. Gestern Abend kam es im Stadtteil Mühlburg zu wiederholten Störungen durch eine nationalsozialistische Versammlung durch Kommunisten. Es entwickelten sich Schlägereien und mehrmals mußte ein größeres Polizeiaufgebot eingreifen. Zwei Versammlungsteilnehmer wurden von Gegnern erheblich verletzt. — Der Fall Reize in Durlach veranlaßte das Reichsbanner, die Sozialdemokratische Partei Durlach und die freien Gewerkschaften zu einer Kundgebung, die am Mittwochabend stattfand. Nach derselben kam es gegen 11 Uhr in der Hauptstraße zu erregten Szenen. Mehrere Nationalsozialisten, die sich auf dem Heimwege befanden, wurden von Kommunisten erkannt und angehalten. Sie stürzten in ein Haus, wo sie nun von Kommunisten und zahlreichen Gefinnungsgenossen regelrecht belagert wurden. Ein größeres Kommando der Polizei mußte zur Säuberung der Straße aufgeben werden. Auch vor dem Hause des Vorsitzenden der Durlacher Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei kam es zu größeren Ansammlungen von politischen Gegnern, weil angeblich ein Reichsbannermitglied von einem Nationalsozialisten geohrfeigt worden war. Auch hier mußte die Straße durch die Polizei gesäubert werden.

Brandschaden im ehemaligen Großherzoglichen Schloß. Mittwoch nachmittag entzündete ein Pfeifenstängel des ehemaligen großherzoglichen Palais, wo die Landesvermessungsabteilung der Wasser- und Straßenbauverwaltung untergebracht ist, ein Schadenfeuer, das erst spät bemerkt worden war. Die Feuerwehr konnte nach einer Stunde Löscharbeit die Ausdehnungsgefahr beseitigen. Wahrscheinlich ist ein weggeworfener oder liegengebliebener Zigarettenstummel die Ursache des Brandes.

Colosseum-Theater. Ab heute, Donnerstag, beginnt ein neues Gastspiel, welches wiederum ein Ereignis für Karlsruhe bedeutet. Das Programm besteht aus 10 Attraktionsnummern edler Varietékunst, die sich zu kultiviertesten Spitzenleistungen vereinigen. Sämtliche Sensationen des Programms sind von A bis Z neu für Karlsruhe. Alles nähere siehe Anzeigen. Vorverkauf den ganzen Tag ohne Preisserhöhung im Zigarrenhaus Mehle, Waldstraße 34.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die allgemeine Druckverteilung über Europa ist im wesentlichen unverändert geblieben. Die atlantische Zyklone und das südeuropäische Hochdruckgebiet stehen sich heute als gleichwertige Aktionszentren gegenüber, in deren Grenzschwankungen wir uns befinden. Abgesehen von vorübergehenden Bewölkungsschwankungen werden wir daher die bisherige Witterung im wesentlichen behalten. Voraussage: Zeitweise leicht bewölkt, vorwiegend trocken und wärmer bei südlichen Winden, nachts mild.

Wasserstände: Waldshut 361—12, Basel 180—16, Schusterinsel 245—20, Rehl 396—21, Magau 661—26, Mannheim 651—16, Caub über 200 Zentimeter.

Gemeinderundschau

Der Gemeinderat Eberbach beschloß, Anstalten zu treffen, um den ausgetretenen Arbeitslosen Kartoffeln zu billigen Preisen zu liefern. Ferner beschloß der Gemeinderat, Schritte zu unternehmen, um die Einrichtung einer allgemeinen Volkshilfe für die Wintermonate zu ermöglichen, damit die Ernährung der arbeitlosen Bevölkerung sichergestellt wird. Die privaten und freien Wohltätigkeitsorganisationen sollen ersucht werden, diese Hilfsaktion zu unterstützen. Dem Gewerkschaftsrat beschloß der Gemeinderat, zuzusagen, daß seine Forderungen wegen Berücksichtigung der ortsansässigen Arbeiterkraft bei Vergabung von Arbeiten weitgehende Unterstützung seitens der Stadtverwaltung Beachtung finden werden.

Der Bürgerausschuß Kronau bei Bruchsal stimmte bei einer Enthaltung dem Vertrag zu, der vom Gemeinderat mit dem Finanzministerium wegen des Luftharwalbes abgeschlossen wurde. Nach diesem Vertrag erhält die Gemeinde vom Staatswald etwa 507 Hektar zugeteilt, aus dessen Steuerwert die Gemeinde Umlagen zu erhalten hat. Die Gemeinde muß aber für die Kosten für Wege und Gewässer aufkommen bis zu einem bestimmten Betrag.

5,5 Millionen für den Wohnungsbau in Freiburg. Im Interesse der rascheren Beseitigung der Wohnungsnot, vor allem aber auch im Interesse der Arbeitsbeschaffung hat der Stadtrat Freiburg beschlossen, den Förderungsaufwand vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses für das Wohnungsbauprogramm 1930 endgültig auf den Betrag von 5 500 000 M festzusetzen. Damit können statt der ursprünglich vorgesehenen 530 Wohnungen nunmehr 750 Wohnungen gefördert werden.

Der Bürgerausschuß Bonndorf befähigte sich mit dem Vorschlag für das Rechnungsjahr 1930/31, der in den Ausgaben mit 221 262 Reichsmark, in den Einnahmen mit 184 337 Reichsmark abschließt, so daß 36 925 Reichsmark durch Umlage gedeckt werden müssen. Diese beträgt beim Grundvermögen 26, beim Betriebsvermögen 10,4 und beim Gewerbebeitrag 195 Reichspfennig. Es ist die gleiche wie im Vorjahre. Der Vorschlag fand die einstimmige Zustimmung des Bürgerausschusses.

Die Finanzierung des Heilbronner Neckarkanals. Aus Stuttgart wird berichtet: Die Finanzierung des Neckarkanals durch die Heilbronner, die durch die Sparmaßnahmen des Reiches sehr in Frage gestellt war, scheint nun doch gesichert worden zu sein, nachdem, wie aus Heilbronn berichtet wird, der württembergische Wirtschaftsminister Dr. Maier in persönlichen Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsfinanzminister in den letzten Tagen die Zusage erhielt, es werde bei der vorgesehenen Leistung des Reiches von zwei-einviertel Millionen verbleiben.

Erhöhung der Berliner Bier-, Gemeindegetränke- und Bürgersteuer. Der Magistrat beschloß eine Vorlage, in der die Erhöhung der Biersteuer, die Einführung einer Gemeindegetränkesteuer sowie einer Bürgersteuer entsprechend der Notverordnung des Reichspräsidenten vorgesehen ist. Die Mehreinnahme aus der Biersteuer wird für das laufende Rechnungsjahr auf 4 Millionen Reichsmark geschätzt. Die Gemeindegetränkesteuer soll mit einem Steuerfuß von 10 Proz. auf alle Getränke außer Milch erhoben werden. Der Ertrag wird ebenfalls auf 4 Millionen Reichsmark geschätzt. Die Höhe der Bürgersteuer, der alle über 20 Jahre alten Personen unterliegen, staffelt sich von 6 M bis 1000 M. Der Reinertrag beträgt 12 Millionen Reichsmark.

Kurze Nachrichten aus Baden

Ein früherer Amtsrichter vor Gericht

ld. Heidelberg, 16. Okt. Drei Tage währte vor dem hiesigen Schöffengericht der Prozeß gegen den 53 Jahre alten, früheren Amtsrichter Karl Franz Strübel, gebürtig aus Pforzheim, der angeklagt war, daß er sich kraft seiner richterlichen Gewalt Vorteile von früheren Strafgefangenen und Ehefrauen von Strafgefangenen habe gewähren lassen. Strübel war seit Oktober 1929 bis vor wenigen Monaten in Mannheim als Strafgerichtsrat tätig und früher in Siedingen und Mosbach angestellt. Im Laufe der dreitägigen Verhandlung wurde eine Reihe von Zeuginnen verhört, die Strübel zum Teil recht erheblich belasteten. Andere Zeuginnen erklärten, daß sie von dem Angeklagten nicht belästigt worden seien. Strübel selbst bestritt alle ihm zur Last gelegten strafbaren Handlungen. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Schmitz, Mannheim, erklärte, der Einrud sei beschämend und häufig gewe-

sen. Bei der Bemessung der Strafe dürfe das Gericht nicht vergessen, welches Amt der Angeklagte bekleidet habe. Er beantragte 4 Jahre 6 Monate Zuchthaus. Am Mittwochabend verkündete das Gericht folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen fittlicher Vergehen im Amt in zwei Fällen und wegen passiver Bestechung in 3 Fällen zu 2 Jahren, 2 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Gericht den Angaben der Zeugen Glauben geschenkt habe.

* **Mingolsheim b. Bruchsal, 15. Okt.** „Schnellzug D. 185 im Bahnhof Mingolsheim-Kronau infolge Schadens an der Gleisanlage entgleist; drei Wagen umgestürzt. tote, Verletzte, großen Schaden; durchgehende Gleise gesperrt.“ Die Abung Klappte ausgezeichnet und wurde mit großer Schnelligkeit durchgeführt. Sie hat gezeigt, daß Ärzte und Sanitäter mit den Eisenbahnern des Bahnhofs- und des Rettungsdienstes voll auf der Höhe waren. Die technische Einrichtung haben sich bei der Abung gut bewährt.

* **Freiburg, 15. Okt.** Der „Reichsbahn-Waisenhof“ wird im März kommenden Jahres mit dem Bau eines Erziehungsheim hier beginnen, das der Aufnahme von zunächst 200, später 400 hilfsbedürftigen Kindern verlorbener Reichsbahnbediensteter dienen soll. Der Reichsbahn-Waisenhof ist eine seit 1929 neu aufgebaute, aus dem früheren Eisenbahn-Waisenhof und Eisenbahn-Anstalten bei den preußisch-hessischen Staats-eisenbahnen hervorgegangene milde Stiftung, deren Mittel in dem vorhandenen Kapitalvermögen und in freiwilligen Spenden der Reichsbahnbeamten und -arbeiter aus dem ganzen Reich bestehen. Zur Erlangung von Vorentwürfen für das Heim in Freiburg wurde im vergangenen Frühjahr ein Preiswettbewerb ausgeschrieben, zu dem rund 140 Entwürfe einliefen. Die Entscheidung wird durch das voraussichtlich am 27. Oktober zusammentretende Preisgericht erfolgen.

D3. **Speyer, 15. Okt.** Bis zur Wiederherstellung der Speyerer Schiffbrücke, die etwa 4—5 Wochen in Anspruch nehmen dürfte, wird der Passagierverkehr durch Untertafel aufrechterhalten.

D3. **Landau, 15. Okt.** Der im Zusammenhang mit der Fehler Spreißeberaffäre verhaftete Landauer Großkaufmann Hugo Weil wurde, wie man hört, gegen Stellung einer Kaution gestern Abend aus dem Untersuchungsgefängnis in Offenburg entlassen.

Zeitschriftenschau

Belhagen & Klafings Monatshefte. Lesen Sie gern einen guten Roman? Sie finden ihn im Oktoberheft von Belhagen & Klafings Monatsheften, wo gegenwärtig „Der Walfisch im Meer“ von Otto Bräns erscheint. Sie bevorzugen kurze Romane, spannende, feienkundige, heitere? Dasselbe Heft bringt solche Arbeiten von Otto Chjac, Herbert Gulenberg, Karl Friedrich Kurz, Horst Wolfram Geisler, Günther Wierfeld. Sie wollen schöne Bilder sehen? Betrachten Sie die zahlreichen Kunstbeilagen, den Essay über den Wiener Ferdinand Ritt im gleichen Heft. Ihre Aufmerksamkeit gilt den Fragen der Gegenwart? Prof. Dr. Max J. Wolff spricht über die Nationalisierung im Bergbau, Werner Suhr plaudert über den jungen Mann von heute. Ihre Liebhaberei ist der Sport? Major Birkner behandelt die internationalen Reitturniere, Finetti illustriert sie. Sie versetzen sich gern in Geschichte? Prof. D. Heinrich Kretschmar schildert in einem farbigen illustrierten Beitrag Maria Theresia und ihre Töchter. An einen neuen Musiker, den Schweizer Othmar Schoed, führt Hans Corradi. Sie lesen mit Vorliebe Memoiren? Lujo Brentano veröffentlicht Erinnerungen an seine Leipziger Professur. Neue Bücher, neues Kunstgewerbe sind ferner in diesem wie gewöhnlich allen Interessen der Gebildeten dienenden Heft behandelt.

Elegante Welt. Der beginnenden Langsaison Rechnung tragend, beschäftigt sich ein Artikel in der soeben erschienenen neuesten Nummer der „Eleganten Welt“ mit den Tängen des kommenden Winters. Die ausführlichen Darlegungen werden durch künstlerische Aufnahmen der schwierigsten Schritte aus diesen neuesten Modetängen ergänzt. Das Langkleid in all seinen Abarten, das Abendkleid für große und kleine Gelegenheiten, komplettiert durch den passenden Pelz, erscheint in all seinen Variationen in vorbildlichen Aufnahmen und instruktiven Zeichnungen. Ein besonderes Kapitel ist dem neuen Auftrieb gewidmet, der den Typ der Frau so von Grund auf verändert. Erwähnenswert ist noch der neue Roman, dessen 1. Vorlegung im vorliegenden Heft erscheint. (Verlag Dr. Sellschuster in Berlin.)

Wilhelm Ganz Wwe.

Dachdeckergeschäft
Karlsruhe i. B.
Weltzienstr. 27, Tel. 2098
Gegründet 1898
empfeht sich in bester Ausführung von
Schiefer-, Ziegel-, Dachpappen- u. Holzzementarbeiten, Anlage und Reparaturen von Blitzableitern, Isolierung von feuchten Wänden
Bitte genau auf die Firma zu achten

EINLADUNG

zur ordentlichen Generalversammlung
Mittwoch, den 22. Okt. 1930, abends 8 Uhr, im Klapphorn.
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstands und des Aufsichtsrats. 2. Genehmigung der Bilanz. 3. Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats. 4. Neuwahl des Vorstands. 5. Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat. 6. Vertragsabschlüsse über die Durchführung und Finanzierung der Siedlung. 7. Ausschluß von Mitgliedern. 8. Sonstiges. R. 658
Die Bilanz liegt vom 16. ds. an in unserer Geschäftsstelle Panmstr. Nr. 11 zur Einsicht durch die Genossen offen.
Schaffer-Gilde e. G. m. b. H.
Der Vorstand:
gez.: J. B. Specht. gez.: Mauritiu3

Das Bad. Staatsministerium hat mit Entschlieung vom 1. Oktober 1930 Nr. 10 328 ausgesprochen, daß

1. das Gemeinwohl die Neueinteilung der Grundstücke im Gewann Wittumader der Gemeinde Eutingen nach Maßgabe des Planes des Gemeinderats vom 29. November 1928 dringend erheischt und daß
 2. die Eigentümer der Grundstücke Egb. Nr. 2997 a, 3001, 3010, 3011 a, 3011 b, 3059, 3067, 3081, 3051, 3054, 3055 a, 3057 und 3066 der Gemarung Eutingen verbunden sind, an der Neueinteilung nach Maßgabe dieses Planes teilzunehmen.
- Pforzheim, den 10. Oktober 1930. D. 967
Bezirksamt.

FORMULARE

u. sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert

G. BRAUN GMBH.

vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karl-Friedrich-Str. 14 u. 18, Tel. 952—54

Oeffentliche Sparkasse Altenheim (Gemeindesparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kassenbestand	2 198,28	Spareinlagen	257 356,91
Guthaben bei Banken	19 100,—	Giroeinlagen	27 220,87
Girozentr. u. Postsparkamt	25 059,49	Kontokorrenteinlagen	1 808,12
Wertpapiere	664,50	Aufwertungsspareinlagen	113 178,60
Wechsel	137 299,50	Anlehenskapitalien	101 604,23
Darlehen a. Hypothek	36 981,31	Ausgabenrückstände	140,79
Darlehen in laufend. Rechnung an Priv.	136 322,25	Rücklagen früherer Jahre	7 494,59
Darlehen a. Schuldschein	8 000,—	Reingewinn im Jahre 1929	4 119,80
Darlehen a. Gemeinde	2 160,—		
Rambarddarlehen	45 420,48		
Landw. Sondertredit	36 403,46		
Aufwertungsforderungen	42 212,46		
Aufwertungsabrechnungsf.	20 023,53		
Einnahmerückstände	2 011,65		
Gerätschaften	512 856,91		512 856,91

Berechnung der Rücklagen.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 284 577,78 RM Einlagen = 14 228,85 RM
Sie beträgt auf Jahreschluß 1929 = 11 547,39 RM
Es fehlen somit noch = 2 681,46 RM

Altenheim, den 13. Oktober 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Roth, Bürgermeister.

Der Geschäftsführer: Metz.